Aktuelle Mitteilungen

- 4 News

27.05.2025

„Wie machen wir die Pflege zukunftssicher?“

Podiumsdiskussion im Rahmen des Gesundheitspolitischen Kolloquiums

Rund 100 Teilnehmer:innen besuchten die erste Podiumsdiskussion des Gesundheitspolitischen Kolloquiums am 21.05.2025 im Haus der Wissenschaft. Im Zentrum der Diskussion standen drängende Herausforderungen in der Pflege sowie notwendige politische Maßnahmen nach der Bundestagswahl. Organisiert wurde die Veranstaltung in Kooperation mit dem Alumni-Verein der Universität Bremen.

Auf dem Podium diskutierten Gäste aus Wissenschaft und Praxis: Judith Burgmeier (Mitgründerin des ambulanten Pflegedienstes vielfältig. GmbH), Jutta Dernedde (Vorstandsvorsitzende des Medizinischen Dienstes Bremen), Reinhard Leopold (BIVA-Pflegeschutzbund, Selbsthilfe-Initiative "Heim-Mitwirkung" und „wir pflegen - Interessenvertretung und Selbsthilfe pflegender Angehöriger e.V.“) sowie Prof. Dr. Heinz Rothgang (Gesundheits- und Pflegeökonom am SOCIUM). Moderiert wurde der Abend von Prof. Dr. Matthias Zündel (Integrierter Gesundheitscampus Bremen). Doch nicht nur das Podium zeichnete sich durch eine breite Expertise aus, auch unter den etwa 100 Gästen im Publikum befanden sich viele Personen, die sich aus unterschiedlichen Perspektiven mit dem Thema Pflege beschäftigen. So diskutierten unter anderem Pflegekräfte, Mitarbeitende von Krankenkassen, pflegende Angehörige sowie Studierende der Universität Bremen angeregt mit.

Personalmangel und Finanzierungsfragen als Herausforderungen für die neue Bundesregierung

Das viel diskutierte Problem des Personalmangels wurde auch an diesem Abend prominent diskutiert: Die Expert:innen machten dabei aber deutlich, dass nicht, wie häufig angenommen, die Bezahlung das Hauptproblem darstellt – diese hat sich in den letzten Jahren erheblich verbessert. Vielmehr sind es die immer schwierigeren Arbeitsbedingungen, die dazu führen, dass Pflegekräfte den Beruf verlassen. Unzureichende Personalschlüssel, unplanbare Arbeitszeiten und die daraus resultierende Dauerbelastung schaffen einen verhängnisvollen Kreislauf: Wegen Personalmangels steigt die Belastung, was noch mehr Pflegende zum Berufsausstieg bewegt. Auch die Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland stellt keine Universallösung dar: für diese sind englischsprachige Länder oft attraktiver, auch die Eingliederung in das deutsche Gesundheitssystem gestaltet sich teils schwierig.

Auf die Pläne der neuen Bundesregierung im Bereich der Pflege angesprochen, musste Prof. Rothgang vor allem eine Leerstelle feststellen: „Im Koalitionsvertrag steht zum Thema Pflege nicht viel. Aber nur weil nichts drinsteht, heißt das nicht, dass auch nichts passieren wird“, äußerte er sich dennoch vorsichtig optimistisch. Neben dem Personalmangel diskutierten die Podiumsgäste auch die Finanzierung der Pflege als eine der drängenden Herausforderungen für die Politik. Insbesondere für Pflegebedürftige und pflegende Angehörige stellen die seit Jahren stark steigenden Eigenanteile eine massive Belastung dar. Bei diesem Thema – wie auch in anderen Bereichen – waren sich die Podiumsgäste weitgehend darüber einig, dass es nicht an Reformkonzepten, sondern an deren Umsetzung mangelt.

Probleme gemeinsam anpacken – miteinander statt gegeneinander

Ein weiterer Schwerpunkt der Diskussion lag auf Vertrauensproblemen zwischen den verschiedenen Akteur:innen im Pflegesystem. Die Podiumsteilnehmer:innen identifizierten – auch in der Diskussion mit dem Publikum –Vertrauensdefizite zwischen Krankenkassen, Medizinischem Dienst, stationären Einrichtungen und ambulanten Pflegediensten als ein Hindernis für Verbesserungen. Diesen gelte es zu begegnen, um gemeinsam die Probleme in der Pflege anzupacken: nur miteinander statt gegeneinander könne man dies schaffen.

Das Gesundheitspolitische Kolloquium ist eine gemeinsame Veranstaltungsreihe des SOCIUM - Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik der Universität Bremen, dem Integrierten Gesundheitscampus Bremen und dem Wissenschaftsschwerpunkt „Health Sciences“. Weitere Informationen zur Veranstaltungsreihe finden Sie hier.

Eintragen auf den Verteiler für Informationen über zukünftige Veranstaltungen ist über folgende E-Mail-Adresse möglich: gpk.socium@uni-bremen.de

23.04.2025

Winfried Schmähl

(1942 – 2025)

Das SOCIUM trauert um Winfried Schmähl, der am 26.03.2025 verstorben ist. Als 1989 neu an die Universität Bremen berufener Professor für die Ökonomie der Sozialpolitik baute er am damals gerade gegründeten Zentrum für Sozialpolitik (ZeS), einem der Vorläuferinstitute des SOCIUM, die wirtschaftswissenschaftliche Abteilung auf, der er bis zu seiner Pensionierung im Jahr 2007 vorstand. Unter seiner Leitung hat diese Abteilung national wie international große Anerkennung für die wirtschaftswissenschaftliche Forschung zu Fragen der Alterssicherung, Rentenpolitik und des Wandels der Arbeitswelt gewonnen.

Seine Expertise in den genannten Feldern war unumstritten und vielgefragt. Aus seiner Feder stammte 2018 das 1150 Seiten starke Standardwerk zur Geschichte der Alterssicherung in Deutschland.

Darüber hinaus engagierte Schmähl sich intensiv in der Politikberatung. Er war Vorsitzender des Sozialbeirats der Bundesregierung, Mitglied des Sachverständigenrates der Bundesregierung für den Altenbericht, Mitglied des Beirats Forschungsförderung beim Forschungsnetzwerk

Alterssicherung der Deutschen Rentenversicherung sowie Mitglied der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zum demographischen Wandel.

Mit ihm verlieren wir nicht nur einen hervorragenden Sozialpolitikforscher sowie einen tatkräftigen und ideenreichen Kollegen, sondern auch einen engagierten Menschen, der die soziale Realität seines Forschungsgegenstandes Alterssicherung – und die davon betroffenen Menschen – nie aus den Augen verloren hat. Seine Stimme wird uns fehlen.

Sprecherinnenteam, Vorstand und Mitglieder des SOCIUM sowie des ehemaligen Zentrums für Sozialpolitik (ZeS)

02.04.2025

Gegen den Abgesang auf die Rente

Neue Studie von Frank Nullmeier für die Heinrich-Böll-Stiftung

Die Rente gehört zu den zentralen Elementen der sozialen Sicherung in Deutschland. Sie ist allerdings in den letzten zwei Jahrzehnten in die Diskussion geraten: Meist wird die demographische Entwicklung verantwortlich gemacht: die Menschen werden immer älter, was die Bezugsdauer der Renten verlängert, und niedrige Geburtenraten sorgen dafür, dass immer weniger beruflich aktive für immer mehr Rentnerinnen und Rentner in das Rentensystem

einzahlen müssen.

Entsprechend laut und schrill sind die Kassandrarufe in den Medien. Dagegen sind die Beitragssätze zur Rentenversicherung seit Jahren stabil und es gibt so viel sozialversicherungspflichtige Erwerbstätige wie noch nie.

Das wirft die Frage auf, ob und wie auch in Zukunft verlässliche und angemessene Renten garantiert und vor allem finanziert werden können.

Diesem Thema widmet sich die Studie, die Frank Nullmeier unter Mitarbeit von Magnus Brosig im Auftrag der Heinrich-Böll-Stiftung verfasst hat. Die Studie diskutiert die wesentlichen Stellschrauben für mögliche Reformen sowie die dafür bislang unterbreiteten Vorschläge. Dabei wird deutlich, dass gezielte Reformen die Stabilität des Rentensystems sichern können, ohne für die jungen Generationen die sozialen Errungenschaften infrage zu stellen.

Weitere Informationen:
Rente-mit-zukunft-reformszenarien-der-alterssicherung

Studie

Kontakt:
Prof. Dr. Frank Nullmeier
SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik
Mary-Somerville-Straße 5
28359 Bremen
Tel.: +49 421 218-58576
E-Mail: frank.nullmeier@difis.org

17.03.2025

Bremer Wissenschaftler erarbeiten Vorschlag für eine Pflegereform

Umfassendes Konzept am 14.03.25 in Berlin vorgestellt

Über die Notwendigkeit einer Pflegereform herrscht weitgehend Einigkeit. Prof. Dr. Heinz Rothgang, Thomas Kalwitzki und Benedikt Preuß (alle SOCIUM, Universität Bremen) zeigen in einem neuen Konzept wie die Pflegeversicherung mit Hilfe einer Finanz- und Strukturreform umgestaltet werden kann.

Im Auftrag der Initiative Pro-Pflegereform, die von über 120 Pflegeunternehmen und mehr als 60 Verbänden und Organisationen unterstützt wird, haben die Bremer Wissenschaftler ein Konzept für eine Alternative Ausgestaltung der Pflegeversicherung (AAPV) ausgearbeitet. Mit der Reform soll den drängendsten Problemen – der individuellen Lebensstandardsicherheit im Falle einer Pflegebedürftigkeit, der gefährdeten Versorgungssicherheit durch verringerte Pflegekapazitäten und den Finanzierungsproblemen der Pflegeversicherung – begegnet werden. Die Autoren schlagen drei Reformschritte vor, dessen erster im Sinne eines Sofortprogramms bereits im Jahr 2026 greifen soll. Insgesamt kann die Neugestaltung des Systems im Jahr 2030 abgeschlossen werden.

Begrenzung der Eigenanteile von Pflegebedürftigen durch Sockel-Spitze-Tausch

Die erste Reformstufe soll vor allem die kontinuierlich steigenden Eigenanteile von Pflegebedürftigen in Pflegeheimen begrenzen. Notwendige Maßnahmen sind die Kostenübernahme für die medizinische Behandlungspflege durch die Gesetzliche Krankenversicherung sowie die Finanzierung der Ausbildungskosten durch die Versichertengemeinschaft. Zentral für diese Reformstufe ist außerdem der von Prof. Rothgang und Thomas Kalwitzki in einem früheren Gutachten ausgearbeitete „Sockel-Spitze-Tausch“. Dieser dreht das System der Pflegeversicherung um: Während aktuell die Versicherungsleistungen begrenzt und die Eigenanteile der Pflegebedürftigen unbegrenzt sind, soll zukünftig ein stabiler Eigenanteils*sockel* für Pflegebedürftige entstehen und die Pflegeversicherung die unbegrenzte Kosten*spitze* tragen.

Pflegebedürftige in stationärer und ambulanter Versorgung sollen gleichgestellt werden

Mit der zweiten Reformstufe sollen bedarfsorientiert Leistungen auch im ambulanten Bereich ermöglicht und damit alle Pflegebedürftigen unabhängig davon, ob sie stationär oder in häuslicher Umgebung versorgt werden, gleichgestellt werden. Dies beinhaltet die Leistungen sowohl von professionellen Pflegediensten also auch für private und zivilgesellschaftliche Pflegeübernahme auszuweiten und dadurch die individuelle Ausgestaltung der Pflegesettings zu stärken. Maßnahmen dieser Stufe umfassen unter anderem die Weiterentwicklung des Pflegegelds zu einer Leistung für die Pflegenden, die Schaffung eines umfassenden Modul- und

Leistungskatalogs für eine einheitliche Abrechnung sowie den oben beschriebene Sockel-Spitze-Tausch auch in der ambulanten Versorgung anzuwenden. Um die pflegerische Versorgung in der Zukunft zu sichern, beinhaltet diese Stufe außerdem eine Ausbildungsoffensive, mit Hilfe derer die Ausbildungskapazitäten verdoppelt werden sollen. So sollen bis Ende der 2030er Jahre rund 1 Million neue pflegerische Fach- und Assistenzkräfte ausgebildet werden.

Die letzte Reformstufe sieht eine sektorenfreie Versorgung vor, die innovative Wohn- und Pflegeformen sowie Laienpflege individuell und unabhängig vom Wohnort ermöglichen soll. Die zentrale Frage ist dann nicht mehr *wo* eine Pflegeleistung erbracht wird, sondern durch *wen*. Pflegebedürftige können ihre Wohnsettings dann frei wählen und finanzieren sie selbst, die Pflege kann sowohl von professionellen Pflegekräften als auch durch Laien, beispielsweise Angehörige, erfolgen.

Umfassende Refinanzierungsreform verhindert Beitragssteigerungen

Um den durch die Maßnahmen der zweiten und dritten Reformstufe entstehenden Ausgabensteigerungen zu begegnen, beinhalten diese auch eine umfassende Refinanzierungsreform, die die steigenden Ausgaben solidarisch verteilt und die eine Erhöhung des Beitragssatzes abmildert. Diese sieht Veränderungen in der Beitragsbemessung, einen Finanzausgleich zwischen sozialer Pflegeversicherung und privater Pflegeversicherung sowie einen Steuerzuschuss für die Pflegeversicherung vor.

„In Bezug auf den aktuellen Zustand der Pflegeversicherung und den Reformbedarf besteht seltene Einigkeit. Mit unserem Konzept legen wir einen Vorschlag vor, wie das System sofort und umfassend umgestaltet werden kann. Damit kann die pflegerische Versorgung in Deutschland nicht nur gesichert, sondern auch gerechter finanziert werden“, sagt Prof. Rothgang.

Links und Downloads:

Gutachten

Link zur Pressemittelung der Initiative Pro-Pflegereform

Präsentation

Kontakt:
Prof. Dr. Heinz Rothgang
SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik
Mary-Somerville-Straße 3
28359 Bremen
Tel.: +49 421 218-58557
E-Mail: rothgang@uni-bremen.de

Thomas Kalwitzki

SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik
Mary-Somerville-Straße 3
28359 Bremen
Tel.: +49 421 218-58544
E-Mail: thomas.kalwitzki@uni-bremen.de

Benedikt Preuß
SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik
Mary-Somerville-Straße 1
28359 Bremen
Tel.: +49 421 218-58647
E-Mail: bpreuss@uni-bremen.de